



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 119/GP

30.06.2017

Huml setzt sich für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Jugendämtern im Kinderschutz ein - Bayerns Gesundheitsministerin: Stärkere Vernetzung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Akteuren des Gesundheitswesens durch Gesundheitsregionen plus - Psychische Erkrankungen aus der Tabuzone holen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt sich für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Vertragsärzten und den Jugendämtern im Freistaat ein. Huml betonte am Freitag anlässlich eines Gesprächs mit Ärztevertretern aus Oberfranken, Mitgliedern der Bayerischen Psychotherapeutenkammer und Mitarbeitern der Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKi) der Jugendämter in Kulmbach: "In Bayern arbeitet die Kinder- und Jugendhilfe bereits eng mit den Akteuren aus dem Gesundheitsbereich zusammen. Unser Ziel ist es, diese Zusammenarbeit zum Wohle unserer Kinder noch weiter zu intensivieren. Denn klar ist: Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe."

Die Ministerin erläuterte: "Ein Anknüpfungspunkt können unter anderem die in Bayern bereits jetzt schon in zahlreichen Landkreisen und kreisfreien Städten etablierten Gesundheitsregionen plus sein. Mithilfe dieser bereits vorhandenen Strukturen und Ansprechpartner für Gesundheitsfragen vor Ort kann eine stärkere Vernetzung zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und den verschiedenen Akteuren des Gesundheitswesens gefördert werden."

Die Ministerin ergänzte: "Mein Ziel ist es, das gesunde, förderliche und gewaltfreie Aufwachsen unserer Kinder und Jugendlichen weiter voranzubringen. Hierbei leisten die Vertragsärzte und die Krankenkassen bereits einen wichtigen Beitrag. Jetzt geht es auch darum, die Kooperation mit den Jugendämtern angesichts der steigenden Herausforderungen zu stärken. Dabei sind alle gefordert – neben der Politik und den Trägern der Jugendhilfe auch die Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung, damit durch eine gute Vernetzung beim Kinderschutz psychosoziale Belastungssituationen und Kindeswohlgefährdungen rechtzeitig erkannt oder sogar vermieden werden."

Huml verwies in diesem Zusammenhang auch auf die herausragende präventive Arbeit der Koordinierenden Kinderschutzstellen (KoKis) in Bayern. Mittlerweile gibt es im Freistaat flächendeckend über 100 interdisziplinäre KoKi-Netzwerke. Das bayerische Erfolgsmodell wurde im Jahr 2012 durch vollumfängliche Übernahme im



Bundeskinderschutzgesetz zum bundesweiten Standard. Die KoKis begleiten die Eltern und ihre Kinder in belastenden Lebenslagen von Anfang an und lassen so größere Probleme erst gar nicht aufkommen.

Huml betonte weiter: "Wenn ein Elternteil psychisch krank ist, betrifft dies die ganze Familie. Deshalb werden wir die Zusammenarbeit zwischen Psychiatrieärzten und Psychologen, die wir auch im Rahmen unseres Jahresschwerpunkts 2016/2017 zur psychischen Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vorangetrieben haben, auch künftig noch weiter verbessern. Nach der erfolgreichen Veranstaltung im vergangenen Jahr werden wir auch 2018 gemeinsam mit dem Bayerischen Familienministerium erneut einen landesweiten Fachtag zum Thema "Kinder von Eltern mit einer psychischen Erkrankung" veranstalten."

Die Ministerin erläuterte: "Wir wollen psychische Erkrankungen aus der Tabuzone holen. Gerade Kinder von psychisch kranken Eltern fühlen sich oft verantwortlich. Sie brauchen deshalb eine ganz besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Und die psychisch kranken Eltern wiederum benötigen Hilfe, damit sie ihrer Erziehungsverantwortung gut nachkommen können."